



Fotos: Milena Radatz

? Herr Generalsekretär, die FDP verfolgt Ihren Worten nach das Ziel, Deutschland zu einem Vorreiter bei der Kernfusion zu machen, um klimaneutrale Energie sicher und günstig zu produzieren. Haben Ihre Pläne überhaupt eine Chance, sich innerhalb der Ampelkoalition durchzusetzen – besonders mit Blick auf die Bündnisgrünen, die sich aus ideologischen Gründen gegen neue Technologien stellen?

Bijan Djir-Sarai: Die Kernfusion kann eine Revolution in der Energiepolitik bedeuten und das Erreichen unserer Klimaziele stark unterstützen. Wer sich bei solchen wissenschaftlichen Durchbrüchen querstellt, zeigt nur, dass es ihm oder ihr nicht um die Sache gehen kann.

Ganz grundsätzlich ist doch klar: Angesichts des exponentiellen Wachstums der Weltbevölkerung und des zunehmenden globalen Wohlstands steigt der Energiebedarf der Menschheit kontinuierlich an. Gleichzeitig wächst die Dringlichkeit, unsere begrenzten natürlichen Ressourcen schonend zu nutzen, sowohl aus Klimaüberlegungen als auch im Hinblick auf wertvolle Bodenschätze wie Seltene Erden. Diese Herausforderungen haben den weltweiten Druck und das Interesse an der Erschließung neuer, sauberer Energiequellen verstärkt.

Die Kernfusion erweist sich als eine vielversprechende Option. Obwohl die Idee seit langem besteht, gelang es Wissenschaftlern in den USA erst im Dezember 2022, aus einer Kernfusionsreaktion mehr Energie zu gewinnen, als für den Prozess aufgewendet wurde. Dieser Durchbruch markiert einen Meilenstein und läutet eine neue Phase im globalen Wettlauf um die Führung in der Kernfusionstechnologie ein. Wir werden deshalb für den Betrieb der Kernfusion in Deutschland einen geeigneten eigenen Rechtsrahmen außerhalb des Atomrechts schaffen, der den geringeren Risiken dieser Technik Rechnung trägt und die Anwendung der neuen Technologie ermöglicht. Dies soll insbesondere für die lasergestützte Kernfusion gelten, in deren Komponenten wir aktuell die Technologieführerschaft haben.

? Trotz der massiven Intervention der FDP gegen Habecks Heizungspläne plant die EU allerdings ab dem Jahr 2040 ein Verbot von Gasheizungen. Demnach müssten Haushalte ihre Heizungen schon in den nächsten 16 Jahren umrüsten. Diese Pläne sprechen eindeutig gegen die von der FDP propagierte Technologieoffenheit. Wie positioniert sich Ihre Partei zu den EU-Plänen, zumal die Gas-Alternative Wasserstoff in absehbarer Zeit gut und günstig verfügbar sein wird?

Bevormundung und Verbote

Bijan Djir-Sarai: Die FDP steht glasklar für Technologieoffenheit – in Deutschland und Europa! Wir werden auch auf europäischer Ebene weiter dafür kämpfen.

Denn wir unterstützen Innovationen und lehnen Bevormundung und Verbote entschieden ab. Deutschland verfügt über eine breite und international herausragende Forschungslandschaft sowie über kluge Köpfe und fleißige Hände, die die Treiber unseres Fortschritts und Wohlstands sind. Für die Ausschöpfung ihrer Potentiale setzen wir uns ein. Daher befürworten wir die gesetzliche Verankerung des „Technologiefreiheitsprinzips“, um sicherzustellen, dass alle Türen für die Erforschung und Entwicklung neuer Technologien offenstehen.

Dabei betrachten wir die Überbürokratisierung und Beschränkungen aus der Europäischen Union mit großer Skepsis, insbesondere angesichts der Tatsache, dass 57 Prozent der bürokratischen Belastungen aus Brüssel stammen. Es ist dringend erforderlich, dass die EU ernsthaft damit beginnt, überflüssige Regulierung einzuschränken, um den Unternehmen mehr Freiräume zu geben. Die gegenwärtige Politik der CDU-Kommissionspräsidentin von der Leyen steht leider im Widerspruch zur ursprünglichen Vision eines Friedens- und Freihandelsprojekts EU. Dieses zielte darauf ab, das Leben der Menschen zu erleichtern. Man muss ja gelegentlich daran erinnern, dass